

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 06/2010

17. Jahrgang

20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. u. 6. September 2010

Grundrisse und Fassaden auf Kosten preiswerter Wohnungen

Die Diskussion um das „Integrierte Leitbautenkonzept“, nach dem die Potsdamer Mitte rund um den Alten Markt mit einer „Wiederannäherung an den historischen Stadtgrund- und Aufriss“ gestaltet werden soll, geriet einmal mehr zu einer unsinnigen Machtdemonstration von SPD, CDU und den Grünen: Der Ergänzungsantrag der LINKEN, das Konzept mit dem Zusatz zu versehen, die Quartiere III–V vertiefend zu untersuchen unter Berücksichtigung des Erhalts des Wohnhauses Am Alten Markt 10 mit weit über 100 preiswerten Wohnungen, passte offensichtlich nicht in die Hochstimmung der Koalition über das Grundsatzdokument.

Niemand weiter als die LINKE denkt offensichtlich daran, dass nach dem Abriss des Hauses des Reisens weitere preiswerte Wohnungen abgerissen werden sollen und Wohnen in der zu gestaltenden Innenstadt für Normalbürger zunehmend unerschwinglich wird. Denn Ersatz sei nicht zu erwarten, sagte Ralf Jäkel in der Begründung des Ergänzungsantrages.

Die LINKE wolle die Entscheidung zum Leitbautenkonzept mittragen, sagte der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, doch man dürfe nicht nur über Quartiere, Grundrisse und Fassaden reden, sondern müsse auch über deren Inhalte sprechen: „Wird es künftig möglich sein, in diesem Bereich bezahlbar zu wohnen“,



Das Wohnhaus Am Alten Markt 10 stört im Leitbautenkonzept für die Potsdamer Mitte. Damit würde erneut preiswerter Wohnraum in der Innenstadt vernichtet. Weil ihr Kompromissvorschlag, diese konkrete Entscheidung im Konzept auszuklammern und gründlich zu beraten, abgelehnt wurde, stimmte die LINKE gegen das Leitbautenkonzept.

fragte er: „Wir wollen dem Konzept zustimmen, uns aber auch Zeit geben, gemeinsam darüber nachzudenken.“

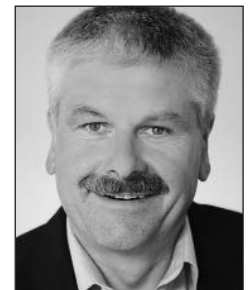
Selbst ein Kompromissvorschlag, den die LINKE übernahm, nur den Block V Am Alten Markt 10 zunächst auszuklammern, mit dem der Autor des Leitbautenkonzeptes, der Baubeigeordnete Matthias Klipp, um einen einstimmigen Beschluss und die Zustimmung der LINKEN warb, fiel mit Aufblähung des Ergänzungsantrages zur Grundsatzzfrage durch.

Rolf Kutzmutz formulierte es so: Er hätte dem Konzept sehr gern zugestimmt. Aber er habe den Eindruck, dass die Einwände offenbar nur so gewertet werden, als dass DIE LINKE aus Prinzip nur die schönen Absichten der anderen störe. Er wehre sich gegen diese Ausgrenzung: „Wir sind auch Bürger dieser Stadt.“

Mit auf den Weg ...

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist eigentlich ein lächerliches Schauspiel, das dem Oberbürgermeister Wählerstimmen einbringen soll. Bei seinen zahlreichen Auftritten in Schulen und Kitas heftet er sich wahrlich positive Entwicklungen in der Stadt an die Oberbürgermeisterbrust, zu denen er von der Fraktion der LINKEN getrieben werden musste. Ich denke an das Sanierungskonzept für Schulen und Kitas bis 2014, von dem die LINKE ihre Stimmen zum Landtagsneubau im Schloss-Grundriss abhängig gemacht hatte. Ich denke an die Vergünstigungen für das Schulesen bedürftiger Kinder (das uns LINKEN allerdings noch nicht weit genug geht), an die Ansiedlung von porta, an die Klärung des Neubaus für die Weiße Flotte, an das Jugendzentrum freiLand, an den Neubau für den Offline-Klub im Kirchsteigfeld.



Zu all diesen Entscheidungen mussten die anderen Fraktionen, die der Oberbürgermeister zu einer Koalition gegen die stärkste Fraktion im Rathaus, die LINKE, – „zusammengenagelt“ hatte, gedrängt werden.

Natürlich wissen sie, dass DIE LINKE Probleme anpackt, die sie noch nicht einmal gesehen haben. Dass wir dabei eine breite Zustimmung der Potsdamerinnen und Potsdamer hinter uns haben, hat auch bewirkt, dass wir die vielen positiven Ergebnisse sogar in der Oppositionsrolle erreichen konnten.

Aber alles eben auch nicht: Das kostenlose Schulesen darf kein Almosen für Bedürftige sein, sondern muss ihr selbstverständliches Recht werden. Und ganz aktuell: Ein Leitbautenkonzept für die Mitte zu beschließen, bereitet uns zwar schöne Fassaden – in denen aber der normale Potsdamer nicht mehr wohnen kann. Wenn wir nicht aufpassen bei solchen Entwicklungstendenzen, dann macht es offensichtlich keiner. Die LINKE in Potsdam und ich ganz persönlich werden dafür arbeiten, dass sich alle Potsdamer in ihrer Stadt wohl- und geborgen fühlen können.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

ÖPP: Verschuldung durch die Hintertür

Fortfaitierung mit Einredeverzicht – das beschloss die Rathauskoalition in der außerordentlichen, nicht-öffentlichen SVV-Sitzung vor der Sommerpause auf Antrag des Oberbürgermeisters Jann Jakobs für zwei Schulsanierungen im Rahmen eines ÖPP-Modells



(Öffentlich-Private Partnerschaft). Ansonsten fehlte das Geld, so der Oberbürgermeister. Millionen für Kauf und Abriss des „Mercure“ und weitere Millionen für den Kauf und Abriss des Fachhochschulgebäudes will Herr Jakobs aber sichern.

Zur Stadtverordnetenversammlung darf ich nichts sagen. Doch läuft ein ÖPP-Modell stets mit „Fortfaitierung mit Einredeverzicht“ nach Standardformulierungen überall gleich: Der Investor saniert, die Stadt mietet. Nach Unterschrift des OB geht der Investor mit dem Mietvertrag zu seiner Bank und verkauft dieser die Mietsforderung. Die Bank schätzt die Mieteinnahmen über die Laufzeit des Vertrages ein und zahlt dem Investor hierauf eine Pauschale (französisch: fortfait). Die Stadt zahlt also – da auf jegliche Einrede verzichtet wird – unabhängig davon, ob der Investor pünktlich, mangelhaft oder gar nicht leistet, die Miete an die Bank. Sie zahlt damit faktisch den Kredit des Investors zurück und übernimmt vor allem praktisch alle Risiken des Investors bis hin zu dessen Insolvenz. Das wussten die Koalitionäre SPD, CDU, FDP, Grüne als sie dem OB-Antrag geschlossen ihre Zustimmung gaben.

Sieht so Verantwortung für die Stadt aus?

Brigitta Oldenburg,
für die Fraktion der LINKEN Mitglied im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, stellv. Mitglied in den Ausschüssen für Finanzen, für Kultur, für Eingaben und Beschwerden sowie für Stadtplanung und Bauen

Über Umzüge bei Kita-Sanierungen informieren

In den Jugendhilfeausschuss überwiesen wurde ein Antrag der LINKEN, den Dr. Sigrid Müller einbrachte. Zur Information an Einrichtungen und Eltern sei eine Übersicht über die bevorstehenden Sanierungsmaßnahmen an den Kitas zu erstellen. Diese Liste gebe es bereits auf der Internetseite des KIS. Über Maßnahmen, bei denen Umzüge während der Innensanierungen notwendig werden, wird im Jugendhilfeausschuss informiert.

Umsetzung Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“

Dr. Gabriele Herzel begründete den Antrag der LINKEN, das Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ zur Förderung von befristeten zusätzlichen sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen in Potsdam so zu organisieren, dass Antragsteller unterstützt werden und die Landeshauptstadt 150 Euro pro Fall und Monat aus den Einsparungen bei den Unterkunftskosten zur Verfügung stellt.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit überwiesen.

Nahversorgungskonzept soll erarbeitet werden

Die Notwendigkeit eines Nahversorgungskonzeptes begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Gegenüber dem viel diskutierten Einzelhandelskonzept, das vor allem Beschränkungen formuliere, hätte ein Nahversorgungskonzept einen gestalterischen Anspruch: Wie sichert man eine bedarfsgerechte Nahversorgung in allen Teilen der Stadt? Beispiele am Schlaatz und im Zentrum-Ost hätten bewiesen, dass man nicht alles dem Markt überlassen könne, sondern die Stadt vermitteln, begleiten, unterstützen kann.

Der Antrag wird im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen behandelt.

Teehaus an russisch-orthodoxe Gemeinde

An die Ausschüsse für Kultur, Finanzen, Stadtentwicklung und Bauen sowie den Werksausschuss des KIS wurde der Antrag überwiesen, das Teehaus auf dem Kapellenberg nach seiner Sanierung unentgeltlich der russisch-orthodoxen Gemeinde zu übertragen. Hans-Jürgen Scharfenberg sprach gegen die Überweisung. Dies sei wiederum ein „Verschiebebahnhof“, nach-

dem vom Oberbürgermeister schon mehrfach erklärt wurde, dass eine Einigung bevorstünde.

Verzicht auf Erwerb des „Mercure“

In seiner Begründung nahm Hans-Jürgen Scharfenberg die vom Oberbürgermeister entfachte Diskussion darüber auf, dass die Stadt möglicherweise das Hotel „Mercure“ kaufen könnte, um es dann abzureißen. „Für die Potsdamer Mitte spiele Geld scheinbar keine Rolle“, stellte der Fraktionsvorsitzende im Hinblick auf diskutierte Kosten von 10 Millionen Euro fest. Man solle lieber Planungssicherheit für das Hotel herstellen, das Gebäude auf lange Sicht erhalten und in die Innenstadtentwicklung einordnen. „Den Widerspruch zum Landtagsneubau kann man aushalten.“

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

Ehrung von Otto Wiesner

Ein gemeinsamer Antrag mit der Gruppe Die Andere wird im Kulturausschuss behandelt. Nach dem bekannten Potsdamer Antifaschisten Otto Wiesner, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre und bereits im „Goldenen Buch“ Potsdams geehrt wird, soll eine Straße oder ein Platz benannt werden. SPD und CDU/ANW signalisierten bereits ihre Zustimmung.

Vorgaben für die Gestaltung des Alten Marktes

Es gehe bei der Gestaltung des Alten Marktes, die gerade mit dem Leitbautenkonzept beschlossen worden ist, nicht nur um Bauten und Fassaden, sondern auch um deren Inhalte, führte Hans-Jürgen Scharfenberg aus. „Um zu erreichen, dass dieses Areal, mit dem die historische Mitte der Stadt wiedergewonnen werden soll, tatsächlich zur Belebung beiträgt, müsse die inhaltliche Gestaltung wesentlich beeinflusst werden. Dazu gehört wissenschaftliches und studentisches Leben, aber auch bezahlbares und nicht nur hochwertiges und luxuriöses Wohnen.“

Der Fraktionsvorsitzende erinnerte daran, dass aus letzterem Grund die LINKE dem Leitbautenkonzept nicht zugestimmt hatte (Seite 1). „Wir müssen bestimmen, wie sich die historische Mitte künftig inhaltlich für die Einwohner darstellen wird.“

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

Tierheimbau weiter auf der „langen Bank“

Mit einem Dringlichkeitsantrag hatte die LINKE versucht, den Bau eines Tierheimes zu beschleunigen. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete den Antrag: Die Schließung des alten Tierheimes vor einem Neubau sei ein großer Fehler des Oberbürgermeisters gewesen. Danach habe sich die Verwaltung von einer verzögernden Variante zur anderen gehandelt. Laut Beschluss der SVV hätte das neue Tierheim im Herbst dieses Jahres fertig sein sollen. Die Kopplung des Tierheimes mit einem sozialen Projekt sei eine künstliche Konstruktion, um zu einem bestimmten Investor zu kommen. Nachdem die Vergabekammer die nun bereits dritte Ausschreibung gestoppt hat, stelle sich die Frage nach der Aufrechterhaltung des von der Verwaltung weiter favorisierten Verfahrens. Die Ausschreibung solle gestoppt werden, die Stadt sich entschließen, das Tierheim selbst zu bauen und den Tierschutzverein als Betreiber gewinnen. Zunächst 0,5 Millionen Euro seien angesichts der 18 Millionen, die für den Badneubau ausgegeben werden, eine verschwindend geringe Summe für die Stadtwerke als möglichen Bauherrn. Da es sich um eine Pflichtaufgabe handelt, gebe es

auch keine Kollision mit der Privatwirtschaft. Die zuständige Beigeordnete verteidigte das Verfahren der laufenden europaweiten Ausschreibung und der Kopplung mit einem Sozialprojekt. Selbst wenn sich die Stadt entschließen sollte, das Tierheim selbst zu bauen, wäre ebenso eine europaweite Ausschreibung für die Betreibung notwendig. Auf den Vorwurf, als linker Politiker gegen das soziale Projekt zu sein, antwortete Scharfenberg: „Man muss kein Tierheim bauen, um soziale Projekte zu unterstützen.“ Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Gestaltung des Luisenplatzes

Obwohl der Ausschuss für Kultur dem Antrag der LINKEN mit leichter Änderung zugestimmt hatte, lehnten die Stadtverordneten mehrheitlich ab, den Siegerentwurf des Projektes „Stelen der Partnerstädte“ von der Fachhochschule Potsdam auf dem Luisenplatz zu installieren.

Dieser Platz solle seinem Namen gerecht werden, außerdem gebe es Urheberrechte der Gestalter des Luisenplatzes, hieß es in der Gegenargumentation, die zur Ablehnung führte. Was nicht zur Sprache kam: Tatsächlich liegt der Stadt aber eine Zustimmung der Gestalter schon seit März 2009 vor (s. unten).

Ablehnung ist nicht zu verstehen

Seit gut zwei Jahren gibt es einen Siegerentwurf eines Projektes an der Fachhochschule Potsdam, das die Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt auf dem Luisenplatz darstellen sollte. Der Siegerentwurf von Jim Michael Görtz ist bereits ausgewählt – die von der LINKEN bereits mehrfach geforderte Realisierung wird jedoch immer wieder mit fadenscheinigen Argumenten hinausgeschoben. Das letzte Argument: Die Genehmigung der Urheberrechte des Platzes, der Landschaftsarchitekten Lützwow 7 Landscape, müsse eingeholt werden. Verschwiegen wird den Stadtverordneten dabei, dass der Verwaltung die Genehmigung schon seit März 2009 vorliegt. In dem Schreiben vom 23.03.2009 heißt es: „Frau Müller und Herr Wehberg haben die Ideen zu den Stelen auf dem Luisenplatz gesehen und haben Ihr Einverständnis zur Realisierung aus Sicht der Urheber des Luisenplatz gegeben.“



Durch die Stelen – moderne „Fernrohre“ zu den Partnerstädten – kann man aktuelle Webcam-Bilder der Partnerstädte sehen.

Oder ist es doch ein anderer Grund? Den Partnerstädten auf dem offenen weitläufigen Platz einen würdigen Rahmen zu geben, stünde wohl kaum im Widerspruch gegen die verehrte Namensgeberin. Und selbst ein klassisches Denkmal der Königin und die Stelen der Partnerstädte ließen sich vereinbaren.

Budget für Schulbibliotheken erst im nächsten Jahr

Zwar noch nicht für dieses Schuljahr, sondern erst für das nächste wird die Landeshauptstadt ein Budget für Schulbibliotheken mit multimedialen Arbeitsplätzen in ihren Haushalt einstellen. Das beschlossen die Stadtverordneten mehrheitlich. Ursprünglich wollte die LINKE den Schulen noch in diesem Jahr das Geld direkt zukommen lassen.

Grün auf der Breiten Straße

Jetzt soll geprüft und bis November 2010 berichtet werden, ob und wie die abschnittsweise Entsiegelung und Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße zwischen Zeppelin- und Schopenhauer Straße erfolgen kann.

Lt. ursprünglichem Antrag der LINKEN sollten die Arbeiten „veranlasst“ und nicht nur deren Möglichkeit geprüft werden.

Radweg Drewitzer Straße

Gegen die Stimmen der LINKEN wurde beschlossen, den Radweg entlang der Drewitzer Straße bis Ende 2011 zu realisieren. Im ursprünglichen Antrag der LINKEN war die Realisierung bis Ende 2010 gefordert worden. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hatte diesen Termin um ein Jahr verschoben, „auf einen Termin, zu dem es sowieso eine feste Zusage gegeben hat“, wie Hans-Jürgen Scharfenberg die Gegenstimmen der LINKEN begründete.

Räume für Potsdamer Tafel

Beschlossen wurde ein Prüfauftrag der SPD an den Oberbürgermeister mit wesentlichen Ergänzungen durch die Fraktion DIE LINKE. Darin heißt es, „... zu prüfen, wie der Potsdamer Tafel dauerhaft ein bedarfsgerechtes zentrales Objekt (inklusive Kühlhaus) zur Verfügung gestellt werden kann“. Ebenso solle eine stadtzentrumnahe Lage bevorzugt werden, um eine möglichst flächendeckende Versorgung zu garantieren.

Im ursprünglichen Antrag der SPD war nur von zusätzlichen Räumen die Rede.

B-Plan Griebnitzsee

Beschlossen wurde ein Auftrag an den Oberbürgermeister, den B-Plan Griebnitzsee zur Chefsache zu machen und ihn bis Dezember vorzulegen. Die LINKE wollte ihn ursprünglich bis November vorgelegt haben, weil die Verzögerungen durch die Verwaltung nicht mehr zu tolerieren seien, wie Hans-Jürgen Scharfenberg erklärte.

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn 18 Uhr
13., 20. und 27. September; 04., 11. und 18. Oktober 2010

19. September 2010: Wahl des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam

03. Oktober 2010: Wenn erforderlich – Stichwahl

23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal
06. Oktober 2010, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße 37-39/Stadtteil Stern
10. Oktober 2010, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 7/2010 Stadthaus, Raum 3.107

15. bis 20. Oktober 2010 (außer Sa./So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

15. Oktober 2010

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern
15:00 Uhr Rathaus Babelsberg
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz
16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II

16. Oktober 2010

10:00 Uhr Markt-Center / Breite Straße
10:00 Uhr Weberplatz Babelsberg
10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost
10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Am Schlaatz
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL,
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Bitte aktuelle Presseinfo beachten.
Anmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/600 50 69;
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

DIE LINKE-Stadtverordnete fragten – die Verwaltung antwortete

Geld für Sprachmittler

Auf Antrag der LINKEN hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, 5000 Euro für Sprachmittlerleistungen in den Haushalt 2010 aufzunehmen, die zur Bewältigung von Anliegen von Bürgern ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen notwendig sind. Hella Drohla fragte, wie diese Mittel in Anspruch genommen worden sind. Die Beigeordnete Elona Müller bestätigte, dass die Summe von 5000 Euro jeweils zur Hälfte für die Bereiche Kinder/Jugend sowie Soziales/Umwelt zur Verfügung steht. Bisher habe es eine Anfrage gegeben. Diese Möglichkeit sei über die Medien und über Informationen an die in Frage kommenden Organisationen bekannt gegeben worden.

Geschwister-Scholl-Straße

Ralf Jäkel fragte nach, wann die Reparatur der Geschwister-Scholl-Straße beginnen werde. Baubeigeordneter Matthias Klipp teilte mit, dass die Beseitigung von Winterschäden und partiellen Gefahrenstellen bereits erfolgt sei. Da die EWP im nächsten Jahr zur Verlegung von Leitungen allerdings umfangreiche Aufgrabungen vorgesehen habe, werde danach eine „gemeinsame Fahrbahnerneuerung“ erfolgen.

Verkehr auf der Langen Brücke

Wann werde endlich gesichert, dass auf der Langen Brücke dauerhaft zwei Fahrspuren pro Richtung zur Verfügung stehen, fragte Ralf Jäkel. Durch eine nachträgliche Reparatur am Regenwasserkanal habe sich die 14-tägige „Notfallmaßnahme“ ergeben, antwortete M. Klipp. Ansonsten sei mit den neuen Linksabbiegerspuren zum Filmmuseum und in die Babelsberger Straße viel für den flüssigen Verkehr erreicht worden. Einschränkungen seien aber auch in Zukunft nicht auszuschließen.

Kleingärten Babelsberg Nord

Hans-Jürgen Scharfenberg hatte eine Sorge von Kleingartenbesitzern in Babelsberg Nord aufgenommen. Denen war aufgefallen, dass es Differenzen zwischen B-Plan und Flächennutzungsplan gibt. Scharfenberg fragte: Wird der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umwandlung der Kleingärten in Babelsberg Nord in Dauerkleingärten mit dem Flächennutzungsplan umgesetzt? Matthias Klipp erklärte: Die Differenzen resultierten aus der unterschiedlichen Maßstäblichkeit der beiden Pläne, der Flächennutzungsplan sei „nicht grundstücksscharf“. Das Kleingarten-Entwicklungskonzept sei verbindliches städtisches Entwicklungsziel.

Bootshaus Preußen-Kanu

Mit dem Entwurf des Masterplanes für den Luftschiiffhafen sei vorgesehen, das Bootshaus des Vereins Preußen-Kanu abzureißen. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte: Wie will die Stadt der Verantwortung gegenüber diesem Verein nachkommen?

Die Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, der Verein habe einen Vertrag bis 2023 und die Zusage, dass – wenn nötig – Ersatz geschaffen werde. „In jedem Fall einvernehmlich mit dem Verein“, versicherte die Beigeordnete.

Kostenloses Schulessen

Nach einem Monitoring habe die Stadt festgestellt, dass die Bedingungen beim Schulessen verbessert werden sollen. Schmachhaft und gesund soll es sein, aber auch sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte: Wie soll die Umsetzung der Empfehlungen des Monitorings zum Schulessen einschließlich einer Ausweitung auf benachteiligte Kinder erreicht werden? Dr. Iris Jana Magdowski führte ein Programm an über die Erklärung zur Teilnahme am Schulessen bis zur Einführung von allgemeinen Qualitätskriterien für Schulen in Trägerschaft der Stadt und zur Initiative „jedes Kind isst“, das zur qualitativen und organisatorischen Verbesserung des Schulessens beitragen sowie die Teilnahme bedürftiger Schülerinnen und Schüler vereinfachen soll.

Auf die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg: Gibt es – ganz unkompliziert – für alle SGB II-Bezieher auch kostenloses Schulessen? erklärte die Beigeordnete den Verfahrensweg: Die Eltern kreuzen in dem Antrag für verringertes Essengeld an, ob sie Sozialgeld- oder SGB II-Empfänger sind, ob sie 1 Euro bezahlen können oder nicht. Letzteres müssten sie dann begründen.

Pflanzungen Am Neuen Palais

Wann werde die fachgerechte Ersatzpflanzung für die gefälltten Bäume entlang der Straße Am Neuen Palais erfolgen, wollte Ralf Jäkel wissen.

Matthias Klipp wies erneut den Vorwurf von Fällungen zurück, es sei ein Rückschnitt, sogenanntes „Auf Stock Setzen“ der wildwachsenden Bäume gewesen, die als Hecke wieder austreiben sollen. Die trockensten Stubben würden bis Ende September gefräst. Einen Termin für Ersatzpflanzungen, konnte Matthias Klipp nicht nennen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19